

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de



Vorstand der Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen NRW

Erklärung zum Verzicht der Präsidentin des BdV, Frau Erika Steinbach, im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mitzuwirken.

Die unredliche Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft der Präsidentin des BdV, Frau Erika Steinbach, im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist mit einem Ergebnis abgeschlossen worden, das vom Vorstand der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen nur als enttäuschend gewertet werden kann.

Es handelt sich nicht um einen befriedigenden Kompromiss, in dessen Rahmen Frau Steinbach auf den zu Recht beanspruchten Sitz im Stiftungsrat nun verzichtet hat, sondern um einen – wenn auch verbrämten – unvergultenen Verzicht. Die als Gewinn ausgegebenen zusätzlichen drei Sitze für die Seite der Vertriebenen werden neutralisiert, indem der Stiftungsrat um acht Sitze zugunsten von Institutionen erweitert wird, deren Vertreter in der Auseinandersetzung um den Stiftungsrat eher vertriebenenfeindlich zu hören waren. Sollen die Mitglieder des Stiftungsrats jetzt vom Bundestag gewählt werden, so bleibt auch nichts mehr von einem Recht auf „Benennung“ der Mitglieder durch den BdV erhalten, auf das sich der BdV bisher berufen hat. Die Integration von nutzbaren Daten des Lastenausgleichs in die Ausstellung ist sicherlich zu begrüßen, hat aber gegenüber dem „neutralisierten“ Einfluss der Mitglieder des BdV im Stiftungsrat wenig Gewicht. Das Entsprechende gilt auch von der Vergrößerung der Ausstellungsfläche, die vermutlich auch ohne politischen Streit um einen Sitz aus rein sachlichen Gründen hätte erreicht werden können.

Das ganze Ergebnis zeigt, dass weder die Regierung noch die Regierungsparteien, ganz zu schweigen von der derzeitigen Bundestagsopposition, die berechtigten Anliegen der Vertriebenen bei der historischen Aufarbeitung und Darstellung der Vertreibung der ca. 15 Millionen Deutschen zu berücksichtigen gewillt sind, wenn den Vertriebenen in politischen Sonntagsreden auch Anerkennung ausgesprochen wird. Der Hintergrund ist eine offizielle Geschichtspolitik, die sich der Erkenntnis verweigert, dass der letzte Weltkrieg nicht Ursache, sondern eine zynisch genutzte Gelegenheit für die Vertreibung war. Will man diese Erkenntnis aber unterdrücken, kann eine erstrebte Versöhnung mit den Vertreiberstaaten nicht gelingen.

Die Vertriebenen werden sich mit dem Gedanken befassen müssen, dass sie mit diesem Anliegen, das auch ein nationales Anliegen sein sollte, von den derzeitigen politischen Kräften bevormundet und weitgehend allein gelassen werden.

Für den geschäftsführenden Landesgruppenvorstand

Prof. Dr. Ulrich Penski

Jürgen Zauner

Düsseldorf, im Februar 2010

Bankverbindungen: Postbank Essen, Kto. Nr. 049 679 439, BLZ. 360 100 43
Stadtsparkasse Düsseldorf, Kto. Nr. 73002073, BLZ. 300 501 10

www.Ostpreussen-NRW.de